



Neue Eskalationsstufe extrem rechter Gewalt

Aktuelle Stunde im Landtag zum Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ in Kahla

Die Fraktionen DIE LINKE und SPD haben gemeinsam für die Februar-Sitzung des Thüringer Landtags eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Brandanschlag in Kahla - Neue Eskalationsstufe rechter Gewalt in Thüringen?“ eingebracht. Den beiden Fraktionen geht es darum, die massive Zunahme neonazistischer und rassistischer Gewalt in Thüringen gegen Geflüchtete, Unterstützer und jene Menschen, die sich für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft einsetzen, zu thematisieren und ein politisches Signal aller demokratischen Parteien verbunden mit der notwendigen Solidarität mit den Betroffenen zu setzen.

In der Nacht vom 14. zum 15. Februar war auf das „Haus der Demokratie“ in Kahla ein Brandanschlag verübt worden. Die Flammen verbrannten die Fassade, die über dem Demokratie-Laden wohnenden Menschen kamen mit dem Schrecken davon. Auch die Scheiben eines nahegelegenen SPD-Büros waren in dieser Nacht eingeworfen worden. Der Staatsschutz nahm die Ermittlungen wegen vorsätzlicher Brandstiftung und politisch motivierter Sachbeschädigung auf.

Susanne Hennig-Wellso, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, zeigte sich bestürzt. Namens der Linksfraktion erklärte sie den Betroffenen ihre Solidarität und sagt Unterstützung zu. „In der Stadt Kahla ver-

suchen Neonazis seit mehreren Jahren, ein Klima der Angst zu schaffen. Menschen und Einrichtungen, die sich für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft einsetzen, werden immer wieder zur Zielscheibe von rechten Bedrohungen oder Übergriffen“, betonte die Abgeordnete. In der Region habe rechte Gewalt zudem eine unrühmliche Tradition, sei hier doch der spätere NSU entstanden, der sich aus dem in Ostthüringen gegründeten „Thüringer Heimatschutz“ gebildet habe. Die Polizei sei jetzt gefordert, mit hohem Ermittlungsdruck die Anschläge aufzuklären. Es gelte, die Täter mit aller Strenge zur Verantwortung zu ziehen.

Das allein reiche jedoch nicht aus. „Es braucht mehr mutige Menschen, die in Kahla ihre Stimme erheben, und auch ein politisches Signal aller demokratischen Parteien vor Ort“, mahnte die Fraktionsvorsitzende. Immerhin habe zuletzt einer der beiden Neonazis, die über die NPD-Liste in den Stadtrat von Kahla eingezogen sind, mit der Grafik einer Maschinenpistole zur „Verteidigung Europas“ aufgerufen. Der andere habe zum Barrikadenbau gegen Flüchtlinge aufgefordert. „Hier braucht es eine klare politische Haltung, die Neonazis Grenzen aufzeigt und sich mit Betroffenen neonazistischer Bedrohungen solidarisiert“, so Susanne Hennig-Wellso.

Mit Blick auf die Thematisierung der Anschläge im Landtag, weist die Linksfraktion darauf hin, dass in Thüringen rassistische und extrem rechte Aktivi-

täten und Proteste auf der Straße in den vergangenen Monaten massiv zugenommen, auch Opferberatungsstellen sprechen von einem alarmierenden Anstieg von Angriffen auf Geflüchtete und Unterstützer.

In Jena nahe Kahla wurden beispielsweise am 13. Januar zwei Afghanen mit einem Schlagstock attackiert, am 15. Januar wurden zwei Iraker angegriffen, einem mit einem Messer durch die Hand gestochen, am 10. Februar wurde in Jena ein syrischer Flüchtling mit einem Messer attackiert und verletzt, in Dörfeld versuchten am 14. Februar zwei Männer mit Eisenstange und Messer in eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge einzudringen, ein Flüchtling wurde verletzt.

Der Brandanschlag auf den Demokratieladen und ein SPD-Büro unterhalb bewohnter Räume in Kahla stellen eine neue öffentlich wahrnehmbare Eskalationsstufe mutmaßlich extrem rechter Gewalt in Thüringen dar, Neonazis versuchen seit mehreren Jahren, ein Klima der Angst vor Ort zu schaffen, der Demokratieladen in Kahla wurde wiederholt attackiert.

Wie jetzt eine Umfrage des MDR bei den Innenministerien in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ergeben hatte, ist die Zahl der Angriffe auf Politiker, Wahlkreis-Büros und Parteigeschäftsstellen in Mitteldeutschland extrem angestiegen. In Thüringen wurden im vergangenen Jahr 45 Straftaten gegen Wahlkreisbüros gemeldet, fast doppelt so viele wie im Jahr 2014. ■

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Thüringen leistet bei der Unterbringung von Flüchtlingen Großartiges

Mehr als 9.500 Flüchtlingsunterbringungsplätze wurden 2015 mit Landesfördermitteln in Höhe von über 71 Millionen Euro in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen neu geschaffen. Unter anderem damit konnte es gelingen, auf die Herausforderungen der gestiegenen Zahlen ankommender Asylsuchender im Freistaat zu reagieren.

Man muss es immer wieder sagen und würdigen: In Thüringer Kommunen wird Großartiges geleistet. Hinter jeder einzelnen finanziellen Förderung stehen Kommunen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden und ehrenamtliche Initiativen mit ihren Unterstützerinnen und Unterstützern, die sich für Flüchtlinge engagieren - oft auch mit ihnen gemeinsam - und ohne die Kanzlerin Merkels „Wir schaffen das!“ eine Worthülse geblieben wäre. Diesem Engagement kann gar nicht genug gedankt werden.

Wie der Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Dieter Lauinger (Grüne), mitgeteilt hat, nahmen die Thüringer Kommunen 2015 mehr als 19.000 Flüchtlinge auf, die aus den Landeserstaufnahmestellen in die Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen verteilt wurden.

Dass der rot-rot-grüne Anspruch einer humanen und an den Menschenrechten ausgerichteten Flüchtlingspolitik auch durch die Kommunen des Landes mitgetragen wird, zeigt sich unter anderem an der Inanspruchnahme der durch die Landesregierung neu eingeführten Investitionskostenpauschale für die Schaffung von Unterbringungsplätzen in Wohnungen. Seit 1. Januar wird diese nach der geänderten Thüringer Flüchtlingskostenerstattungsverordnung mit 1.000 Euro pro Platz gefördert. Bereits 800 Anträge auf diese Förderpauschale liegen mittlerweile vor.

Die Unterbringung in Wohnungen ist eine der zentralen Maßnahmen, den Menschen ein selbstbestimmtes Leben und das Ankommen und die Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. So zeigt Thüringen, wie man es schaffen kann.

Sabine Berninger ist Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag für Flüchtlings- und Integrationspolitik

AKTUELL

Zustimmung für längeres gemeinsames Lernen

„Wenn Mike Mohring aus der jüngsten, von der CDU in Auftrag gegebenen, Dimap-Umfrage unter etwa 2.000 Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland eine Stellungnahme für das gegliederte Schulsystem herausliest, so kann man dies - für die Länder außerhalb Bayerns und Baden-Württembergs - nur als bewusste Fehlinterpretation bezeichnen“, kritisierte der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Torsten Wolf.

Offenbar wolle der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion das Ergebnis der eigenen Bildungs-Studie nicht wahrhaben. „Dass die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern, vor allem in Thüringen, das deutsche

Bildungssystem besonders kritisch bewerten, weist eher auf das Gegenteil hin: hier sind die Menschen offensichtlich der Meinung, dass längeres gemeinsames Lernen, wie es in der DDR umgesetzt worden war, der bildungsmäßigen Entwicklung besser tut“, betonte der Abgeordnete.

„Wenn nur 30 Prozent der Thüringer sich über das Thema Inklusion in der Schule informiert fühlen, ist dies aber ein klarer Auftrag an die Landesregierung.“ Was die Rolle der Förderschulen angehe, vertrete die Linksfraktion durchaus die Position, die von der CDU 2003 ins Schulgesetz aufgenommen wurde: Vorrang des gemeinsamen Unterrichts. „Natürlich brauchen wir Förderschulen auch zukünftig: in einigen Fällen werden sie dauerhaftes Angebot bleiben, weil eine gemeinsame Be-

schulung nicht möglich ist. Bei einigen Schülern werden temporäre Beschulungsformen wichtig sein, ansonsten brauchen wir die Förderschulen als Kompetenzzentren zur Unterstützung des gemeinsamen Unterrichts. Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass die Förderschule eine Kehrseite hat: durch die strikte Separierung sind teilweise bis zu acht Prozent der Schüler eines Jahrgangs in Förderschulen beschult worden, sehr viele blieben ohne Abschluss.“

In diesem Jahr werden 500 neue Lehrerinnen und Lehrer sowie 200 zusätzliche Pädagogen und nochmals 50 Lehrer/-innen für Deutsch als Zweitsprache in den Schuldienst eingestellt - so viele wie noch nie seit 1990. „Rot-Rot-Grün investiert in Bildung und es geht voran“, so Torsten Wolf. ■